

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag.
am letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
— (ohne Trägerlohn oder Postgebühren) —
Insertionspreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Eisele in Oestrich.
Journ. Nr. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

Nr 9

Dienstag, den 21. Januar 1919

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

10. Armeekorps, Etat-Major
Büro für Stellangelegenheiten.
1475 H. C.

Bekanntmachung

bezüglich der Landtagswahlen der verschiedenen
deutschen Staaten (preussische, hessische, bayrische
Landtag . . .)

Der Feldmarschall Koch hat bekanntgegeben, daß außer den
Wahlen für die zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar
1919, noch andere Wahlen in den einzelnen Staaten (preussische
bayrische, hessische Landtag etc. . .) stattfinden.

Diese Wahlen sind zugelassen; dieselben Erleichterungen die
für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung gegeben sind,
werden zugesandt werden, und dieselben Maßnahmen werden
für die Versammlungen beobachtet werden.

Infolgedessen schreibt der kommandierende General der 10.
Armee vor, daß die Gesuche um Wahlen für die Wahlen des
preussischen und hessischen Landtags gemacht werden:

a) zum Betreten der besetzten Zone: durch das hessische Staats-
ministerium oder durch eine ordnungsmäßig berechnete
preussische Behörde, falls es sich um den preussischen Land-
tag handelt.

b) zum Verlassen der besetzten Zone: durch den Regierungs-
präsidenten zu Wiesbaden oder durch die Landräte (in
Städterreisen Magistrat) falls es sich um die Wahlen für
den preussischen Landtag handelt. Unter den ordnungs-
mäßig berechtigten Behörden sind zu verstehen solche, welche
am 11. November im Amt waren oder welche normaler
Weise denen gefolgt sind, welche zu diesem Zeitpunkt im
Amt waren.

Die Gesuche werden alle an den kommandierenden General
der 10. Armee Büro 2 C. R. durch Vermittlung der Admini-
strations-Abteilung des Generalstabes der 10. Armee
eingesandt werden, die Notwendigkeit dieser Gesuche ohne Ver-
zug zu prüfen. Um die Wahlen zu den Landesversammlungen
in aller nur möglichen Weise zu erleichtern.

Der kommandierende General der 10. Armee.
gez. Mangin.

Die Herren Standesbeamten der Landgemeinden, welche mit
der Einfindung des Gesamtresultates der Wahl der Standesämter
betraut sind, werden hiermit um baldige Einfindung ersucht.

Rüdesheim a. Rh., den 18. Januar 1919.

Der Landrat.

Heckenwirtschaften.

Der Herr Militärkommandant hat für den Rheingaukreis
folgendes bestimmt: Die zum Ausschank ihrer letzten Ernte
zugelassenen Heckenwirtschaften dürfen das Alter Wein nicht zu
einem höheren Preise als 4 Mk. pro Liter einschl. Steuer ver-
kaufen. Dieser Preis muß an der Tür des Hauses der Hecken-
wirtschaft angeschlagen sein, widrigenfalls Verhaftung sowie
Schließung der Wirtschaft erfolgt.

Rüdesheim a. Rh., den 17. Januar 1919.

Der Landrat.

Betr.: Bestellung von Impfformularen.

Den Herren Bürgermeistern geht in den nächsten Tagen ein
Kordruck zu. Bedarfsnachweise an Impfformularen für das Jahr
1919 zu. Ich ersuche um Ausfüllung und Rücksendung des Vor-
drucks bis zum 5. Februar d. Jrs.

Rüdesheim a. Rh., den 6. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Betr.: Sammlung von Bucheckern.

An Stelle des mit der Bucheckernsammlung betrauten Rektor
Vertraut zu Rüdesheim hat Herr Lehrer Köhler in Geisenheim
die Erledigung dieser Aufgabe übernommen.

Rüdesheim a. Rh., den 13. Januar 1919.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Kriegskommissars, Kriegsamt, Kriegs-
Rathhof-Abteilung in Berlin werden hiermit die Bekanntmachungen
des stellvertretenden Generalkommandos, 18. Armee-Korps betr.
Beschlagnahme von Tüll aufgehoben.
12. Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobili-
sierung wird folgendes angeordnet:

Artikel 1.

Die Bekanntmachung betr. Beschlagnahme von Web-, Trikot-
Wirk- und Strickgarnen aus Kunstwolle vom 1. Oktober 1918
trifft außer Kraft.

Artikel 2.

Die Nachtragsbekanntmachung vom 1. Dezember 1917 zu der
Bekanntmachung vom 31. Dezember 1915, betr. Veräußerungs-,
Verarbeitungs- und Bewegungsverbote für Web-, Trikot-, Wirk-
und Strickgarnen tritt außer Kraft.

Rüdesheim a. Rh., den 14. Januar 1919.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.
Wagner.

Bekanntmachung.

Raffaëllischen Zentralwaifenfonds.

Wirt'sche Stiftung für arme Waifen.

Im Frühjahr 1918. Jrs. gelangen die Zinsen des Wirt'schen
Stiftungs-Kapitals von 20.000 Mk. aus den Rechnungsjahren 1916
und 1918 im Betrage von je 800 Mk. zur Verteilung.
Nach dem Testament des verstorbenen Landesdirektors a. D.
Wirt sollen die Zinsen einer gering bemittelten Person (männ-
lich oder weiblichen Geschlechts), die früher für Rechnung des
Zentralwaifenfonds verpflegt worden ist und die sich seit Ent-
lassung aus der Waifenversorgung stets untadelhaft betragen hat,
frühestens fünf Jahre nach dieser Entlassung als Ausstattung oder
zur Gründung einer bürgerlichen Niederlassung zugewendet werden.
Die an den Landesoberhauptmann zu Wiesbaden zu richtenden
Bewerbungen müssen Angaben enthalten:

1. über den seitherigen Lebenslauf des Bewerbers oder der
Bewerberin, namentlich seit Entlassung aus der Waifenversorgung,
2. über deren dermalige Beschäftigung,
3. über die geplante Verwendung der erbetenen Zuwendung
im Sinne der Stiftung.

Ämtliche Bescheinigungen über die seitherige Beschäftigung
und Führung der Bewerber und Bewerberinnen, sowie Zeugnisse
der seitherigen, insbesondere des letzten Arbeitgebers sind beizufügen.
Ich ersuche um Bewerbungen mit dem Hinweis, daß nur
solche Bewerbungen, die vor dem 1. März 1919 eingehen, be-
rücksichtigt werden können.

Wiesbaden, den 7. Januar 1919.

Der Landesoberhauptmann.

Die Verlängerung

des Waffenstillstandes.

„Berlin, 18. Jan. Die Verlängerung des Waffen-
stillstandes ist gestern durch Staatssekretär Erzberger in Tri-
er unterzeichnet worden. Die Einzelheiten und Bedingungen
liegen hier noch nicht vor. Wie es jedoch heißt, sind erheb-
liche Verbesserungen gegenüber den Vorschlägen des Ver-
bandes erzielt worden.“

(b.) Die interalliierte Schiffsahrts-
Kommission in Köln hat den Termin, bis zu
dem die Schiffsahrtstreibenden mit besonderen Auswei-
sen und Anordnungen versehen sein müssen, bis zum 5.
Februar verlängert.

Die Friedenskonferenz.

Nach Wiener Blättern soll Poincaré sich ent-
schlossen haben, die Friedenskonferenz selbst
durch eine Note zu eröffnen und die französischen Grund-
sätze festzulegen. Wilson wird das gleiche tun und
dann den Vorsitz der Konferenz selbst übernehmen
und bis zum 10. Februar behalten. „Comité Libre“
erklärt, man dürfe Deutschland die Einräu-
rung nur unter der Bedingung erleichtern, daß es die
Verbandsaktion von Polen aus unterstütze.

Die Pariser Verhandlungen.

Kopenhagen, 16. Jan. Ueber die Konferenzen
in Paris meldet ein Privattelegramm der Nationaltidende
Wilson erscheint mit einer dicken Kissenmappe in den
Sitzungen. Er hat eine bestimmte Anschauung über jede
einzelne Frage und vertritt seine Auffassung mit Energie
und Nachdruck. Kurz ausgedrückt, ist der Standpunkt Ame-
rikas der, Deutschland Gelegenheit zu geben, sich wieder zu
erholen, da nichts gewonnen werde, wenn man einen allzu-
schweren Druck ausübe, während alles gewonnen werde
durch Bedingungen, die eine stabile Regierung ermöglichen.
Von diesem Gesichtspunkt betrachtet Wilson die verschiedenen
Vorschläge. Aus der Versorgung Deutschlands mit Lebens-
mitteln ergeben sich auch eine Reihe anderer Fragen. Eine
dieser betrifft die Hinterlegung der gesamten deutschen
Goldreserve in Frankfurt a. M. Die schwierige Frage
bilden jedoch die Garantien, die denjenigen Banken zu geben
sind, die Deutschland den notwendigen Kredit gewähren.
Die Länder, die Forderungen auf Schadenersatz von Deutsch-
land geltend gemacht haben, sind wenig geneigt, zuzustimmen,
daß neue Kreditoren sich in den Besitz wertvoller deutscher
Pfänder setzen.

Die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen. Das Verhältnis zwischen dem links- und rechts- rheinischen Gebiet.

Marshall Koch an Staatssekretär Erzberger.
Seiner Excellenz, Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender
der deutschen Waffenstillstandskommission, Trier.

Trier, den 16. Jan. 1919. Herr Staatssekretär.
Ich begreife, von welchem Interesse die Rückbeförderung der
gegenwärtig in den Händen der alliierten Regierungen sich
befindenden Gefangenen für Deutschland ist.

Ich beabsichtige, Ihre Bitte, die hauptsächlich auf die
rasche Rückbeförderung der die meisten Teilnahme einfließenden
Kategorien (von Kriegsgefangenen) hinführt, diesen Regierungen
zu übermitteln und bei ihnen zu bekräftigen.

Was die Beziehungen zwischen den besetzten und unbe-
setzten Gebieten betrifft, so bleibe ich bereit, den Warenaus-
tausch in den Grenzen eines mit der Sicherheit der Armeen
zu vereinbarenden Maße zu gestatten, um dadurch die
Arbeitslosigkeit und die sich daraus ergebenden Unruhen zu
vermeiden.

Die neuen Bedingungen.

Marshall Koch an den Namen der alliierten Be-
rat, den Waffenstillstand um einen Mo-
nat zu verlängern, unter folgenden Bedingungen:

Obwohl bei den Lieferungen seit der Erneuerung
des Waffenstillstandes bemerkenswerte Fortschritte ge-
macht sind, muß festgestellt werden, daß ihre Gesamt-
zahl nicht die Hälfte dessen erreicht, was laut festge-
setzten Vereinbarungen hätte erreicht sein sollen. Infolge
dieser besetzten Vereinbarungen (Spaa, den 17. 12, Zu-
sammenschlüsse 1 und 2) muß die deutsche Re-
gierung also als Strafe für diese Ver-
zögerung abliefern:

500 Lokomotiven und 19.000 Wagen
(davon 1000 für Elsaß-Lothringen).

In Anbetracht eines Teils des Willens der alliierten Re-
gierungen, durch die Forderung der Lieferung dieses er-
gänzenden Eisenbahnmateriells nicht die Schwierigkeiten
Deutschlands zu vermehren, in Anbetracht andererseits
der beträchtlichen Behinderung, welche die Verzögerun-
gen der deutschen Regierung bei der Einhaltung ihrer
Verpflichtungen die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen
Lebens in den alliierten Ländern verursachen, wird be-
stimmt, daß die deutsche Regierung als Ersatz für das
oben erwähnte, den Alliierten zuzuhaltende ergänzende Ei-
senbahnmateriell folgende landwirtschaftlichen Maschinen
und Geräte liefern soll, die unter den durch die inter-
nationale permanente Waffenstillstandskommission fest-
gesetzten Einzelbedingungen am 17. Februar zu über-
geben sind:

400 vollständige Dampfzuggruppen mit doppelter
Maschine und dazu eingerichteten Pflügen, 6500
Eismaschinen, 6500 Düngereisemaschinen, 6500
Pflüge, 6500 Grabenpflüge, 12.000 Eggen, 6500
Reiseregen, 2500 Stahlpflüge, 2500 Ernterück-
2500 Grassämaschinen, 2500 Heubinder und
3000 Windmühlen.

Dieses Material soll neu oder in sehr gutem Zustande
sein. Es muß versehen sein mit dem zu jedem Gerät
gehörigen Zubehör, mit Teilen der zu einem Betrieb
von 18 Monaten benötigten Ersatzteilen. Es stellt im
übrigen im ganzen einen Wert dar, der bedeutend unter
dem Zehntel des Wertes des geschuldeten Eisenbahn-
materiells steht. Die Lieferung ist unabhängig von der
geschuldeten Rückerstattung des gesamten von den Deut-
schen entwendeten oder außer Gebrauch gesetzten land-
wirtschaftlichen Materiells.

Zu Art. 10 Kriegsgefangene. Die alliierten
Regierungen fordern von der deutschen Regierung
Strafvolkzug gegen die Schuldigen. Sie
verfolgen die Durchführung des Vollzugs, abgesehen von
neuen Garantien, welche das alliierte Oberkommando ge-
gen die Wiedertehr ähnlicher Vorgänge zu nehmen sich
genötigt sieht. Um den russischen Gefangenen eine den
Gesetzen der Menschlichkeit entsprechende Behandlung und
Heimbeförderung zu sichern, bestimmen die alliierten Re-
gierungen: Die Offiziere, die von den alliierten und
assoziierten Mächten in Deutschland befreit sind, um
unter der Beihilfe von Vertretern der Fürsorgevereini-
gungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbri-
tanniens und Italiens den Abtransport der Kriegsge-
fangenen der Armeen des Verbandes zu regeln, werden
eine mit der Kontrolle der russischen Kriegsgefangenen
in Deutschland beauftragte Kommission bilden. Diese
Kommission, mit dem Sitz in Berlin, soll befugt sein,
nach den Anweisungen der alliierten Regierungen alle
auf die russischen Kriegsgefangenen bezüglichen Fragen
unmittelbar mit der deutschen Regierung zu verhandeln.
Sie wird von der deutschen Regierung alle Erleichterun-
gen des Verkehrs erhalten, die notwendig sind, um die
Lebens- und Verpflegungsbedingungen dieser Kriegsge-
fangenen zu kontrollieren. Die alliierten Regierungen be-
halten sich das Recht vor, die Heimbeförderung der rus-
sischen Kriegsgefangenen in dieser oder jener Ge-
gend anzuordnen, welche ihnen angenehm und ihnen am an-
gemessensten erscheinen wird.

Die Vorgänge in Berlin.

Liebknecht — Luxemburg.

(b.) Zur Feststellung ob die beiden Führer der Be-
gleitmannschaften von Dr. Liebknecht und Frau Rosa
Luxemburg ihre dienstlichen Pflichten erfüllt haben, ist
die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.
Der die Begleitmannschaft der Frau
Rosa Luxemburg befehligende Offizier ist vom Dienst
suspendiert worden, bis festgestellt ist, warum
er zum Schutz der Frau Rosa Luxemburg nicht gegen
das Publikum von der Waffe Gebrauch gemacht hat.

Die ämtliche Untersuchung hat ergeben, daß Karl
Liebknecht tatsächlich bei einem Fluchtversuch erschossen
worden ist.

Von zuständiger Stelle wird zu der Tötung von
Dr. Karl Liebknecht und der Frau Rosa Luxemburg
mitgeteilt: Ein Verschulden wird in strengster Weise
geahndet werden. Die Transportführer sind vorläufig
festgenommen worden.

Das Verschwinden der Leiche von Frau Luxem-
burg ist noch nicht aufgeklärt. Alles Suchen war seit-
her ergebnislos. Man glaubt, daß einige Personen den
Körper in den Landwehrkanal geworfen haben. Die Fa-
mille Marcussohn wurde verhaftet, weil man glaubt,
daß sie die Verbindung zwischen Liebknecht und seinen
Anhängern aufrecht erhalten hat.

Kein menschlich denkender Mensch wird einem andern den Tod wünschen; selbst dem ärgsten Feinde, gegen den man mit der ganzen Kraft des Leibes und der Seele kämpft, gönnt man noch das Leben, das, trotz Schicksal und Vort, für jede Kreatur doch der Güter höchstes ist. Denn noch wird heute jedermann in Deutschland, dessen Herz des Vaterlandes Weh wie ein Schwerdt durchdringt, aufatmen bei der Nachricht von dem Ende der beiden gefürchten Führer des Spartakusbundes. Dieser das Ende mit Schrecken für die Schuldigen an dem Brudermord, der deutsche Erde mit deutschem Blut gerötet hat, als ein Schrecken ohne Ende für unser ganzes Volk, das Frieden und Ordnung, Arbeit und Ruhe wünscht, um das zerstörte Haus des Reiches neu wieder aufzubauen. Doch auch jenseits mit dem Tod der gefürchten Führer auch die spartakistische Bewegung in den deutschen Landen aus. Aber gerade jetzt tut doppelte Wachsamkeit not, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß die ertöschtenen Spartakisten blindwütend als Räuber erscheinen und einen letzten Versuch machen werden, an die Stelle des Rechtes und der Gerechtigkeit die brutale Gewalt zu setzen. Wachsamkeit ist daher das Gebot der Stunde für Regierung und Volk.

Proteststreik.

(b.) Der Ausruf der Parität und der Zentralvorstandes der Unabhängigen Sozialisten, wegen der Lösung Liebknechts und Frau Luxemburgs in einen Proteststreik einzutreten, hat bisher die Wirkung gehabt, daß die Arbeiter und Angehörigen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin-Vorstadt in den Ausstand getreten sind. Sie haben von einer Streikfahndung abgesehen, aber in einer einstimmigen Entschiedenheit zum Ausstand gebracht, daß sie nicht eher ruhen und arbeiten würden, bis die von ihnen erstrebten Ideale verwirklicht seien.

Der Nachruf Eisners.

(*) In einer im Deutschen Theater in München tagenden Wahlversammlung der Unabhängigen erschienen auch der bayerische Ministerpräsident Eisner und gab das Ende Liebknechts und Rosa Luxemburgs bekannt. Unter dem niederstimmernden Eindruck der Berliner Tragödie, die sich soeben ereignete, habe er zum ersten Mal den Wunsch, daß die Zeitungen lügen. Die beiden Toten seien die ersten in Deutschland gewesen, die gegen das Kriegsgewerbe offen Einspruch erhoben und für ihren Mut in Ketten geworfen worden sind. Wenn er bedenke, daß ein Kaiser, ein Kronprinz, ein Prinz und ein Erbprinz, dieser sogar in nächster Nähe Berlins, unangefochten leben, erlasse ihn ein Grauen über diesen Wahnsinn Berlins, wo ein verheißenes Proletariat gegen Leute aufstehe, die zwar gefehlt, aber aus reinem Idealismus für ihre Überzeugung eintreten.

Allerlei Nachrichten.

Die Neueinteilung des Reiches.

17 Freistaaten.

* Berlin, 17. Jan. Wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, wird das neue Deutschland keine Kleinstaaten mehr kennen und Preußen soll in 7 oder 8 einzelne Staaten aufgeteilt werden. Das Reich würde darnach aus etwa 17 einzelnen Freistaaten bestehen.

Die Verpflichtung der Regierungstruppen.

(b.) Trotz aller bisher veröffentlichten Mitteilungen tauchen immer wieder Zweifel darüber auf, ob nicht mit dem im Gange befindlichen militärischen Maßnahmen reaktionäre Strömungen verbunden sind. Um dieses völlig unangebrachte Mißtrauen aus der Welt zu schaffen, wird nachstehend nochmals der Wortlaut der den Regierungstruppen abgenommenen Verpflichtung (Offiziere und Mannschaften) bekanntgegeben:

„Ich verpflichte mich, der deutschen sozialistischen, demokratischen Republik mit allen Kräften und nach bestem Wissen als Soldat zu dienen. Die heutige provisorische Regierung werde ich unbedingt stützen und unterstützen in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern und an der Grenze des Reiches. Ich trete ein für ungetrübte Rationalität, für den Schutz der Nationalversammlung und das von dieser beschlossene Gesetz.“

Die Bestimmung der deutschen Handelsflotte.

(b.) Der Oberste Kriegsrat in Versailles hat dem Vorschlage Hoovers zugestimmt, die gesamte Flotte der deutschen Handels- und Personenschiffe zur Heimkehr für amerikanische Soldaten und zur Rückführung von Lebensmitteln nach Europa zu verwenden. Davon sollten gemäß dem Tonnentraum der Personendampfer Lebensmittel nach Deutschland gesandt werden. Auf Verlangen des Admirals Weyers wurde bestimmt, daß die Schiffe nicht die deutsche Flagge, sondern die der Länder, denen sie zugewiesen würden, zu führen haben.

Gegen die Sozialisierung der Bergwerke.

(b.) Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung die Anordnung des Essener Arbeiter- und Soldatenrates betreffend die Sozialisierung der Bergwerke unter keinen Umständen anzuerkennen und besondere Maßnahmen gegen dieses eigenmächtige Vorgehen lokaler Instanzen zu treffen. Man vertritt nach wie vor die Ansicht, daß eine Sozialisierung angesichts der wirtschaftlichen Lage, in der sich Deutschland zurzeit befindet, ein Unding ist.

Aufhebung der Blockade?

(b.) Nach einer Neutermessung beschäftigen sich die englischen Blätter ausführlich mit dem neuen Waffenstillstandsbedingungen. Die „Times“ schreibt: Jeder anständige Deutsche weiß, daß, wenn er in seinem Vaterlande dem Bolschewismus Widerstand leistet, er die Grundlagen der geordneten Gesellschaft verteidigt. Der Bolschewismus ist zweifellos eine Krankheit, die auf dem Boden des Hungers gedeiht. Daher ist der Versuch, die über Deutschland verhängte Blockade aufzuheben und die Einfuhr von Lebensmitteln zu gestatten, in erster Linie eine Maßnahme gegen die Ausbreitung des Bolschewismus.

Kein Kredit.

(b.) Wie aus Amsterdam berichtet wird, sind die Handelsbanken unter keinen Umständen bereit, Deutschland neuen Kredit einzuräumen. Jeder Versuch, Kredit zu erhalten, sei vergeblich, da eine Ablehnung sicher ist. Die Schulden Deutschlands an die neutralen Länder werden mit 5 Milliarden Mark angegeben. Nur eine feste Regierung und das Hervortreten eines anderen Geistes könne die herrschende pessimistische Stimmung ändern.

Für die kriegsleidenden deutschen Kinder.

(b.) Das internationalisierte Komitee des Roten Kreuzes in Dänemark erreichte dem dänischen Roten Kreuz die Ermächtigung, durch sein Berliner Büro 500 000 Kilo Lebensmittel, die in Schweden lagern, sowie diejenigen Quantitäten, die das dänische Rote Kreuz sonst monatlich aus Dänemark erhalten hat, an kriegsleidende Kinder in Deutschland zu verteilen. Die Verteilung wird durch die deutsche Wohlfahrtsvereinsgesellschaft mit dem Sitz in Berlin unter Kontrolle des dänischen Roten Kreuzes vorgenommen werden. Der Vorsitz übernimmt Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau. Zunächst soll besonders die kriegsleidende Jugend in den Großstädten bedacht werden.

Die ukrainischen Truppen.

(b.) Durch das dauernde Anwachsen des Bolschewismus in der Ukraine wird die Lage der dort noch anwesenden deutschen Truppen immer unhaltbarer. Der Abtransport auf dem Landwege ist schon heute völlig ausgedehnt. Es verlautet, daß die Verbandsabteilung Galizien und Lemberg dem erneut bei ihnen gestellten Antrag auf die Zulassung von Seetransporten zwecks Durchführung unserer Truppen nunmehr anerkannt haben und ihn bei ihrer Regierung bestätigen werden.

Oberst Kause.

Die Berliner Vertretung des amerikanischen Informationsdienstes in der Schweiz berichtet, daß in Paris eingetroffenen dringlichen Bericht über das plötzliche Ableben des Obersten Kause, des Vertrauensmannes von Wilson.

Bolschewisten im Baltikum.

(b.) Die „Times“ berichtet aus Helsingfors: Mitau, Lituaniens Hauptstadt, ist von den Bolschewisten besetzt. Die Deutschen liegen zahlreiche Kanonen und große Vorräte an Munition, sowie 200 000 Liter Spiritus zurück. Nach dem Abzug der Deutschen brach ein Brand aus und vernichtete 200 Häuser im Zentrum der Stadt. Die Eisenbahnverbindung mit Riga ist unterbrochen. Die Vorhut der Bolschewisten schert sich Murawjow, 21 Meilen vom Hafen entfernt.

Aus dem besetzten Gebiete.

Duisburg, 19. Jan. (Teilweise Besetzung Duisburgs.) Als Vortruppe der angehenden Besatzung sind gestern 6 Offiziere (Franzosen, Belgier, Engländer und Amerikaner) mit zusammen 25 Mannschaften eingetroffen. Ihre Aufgabe ist vorläufig neben der Beobachtung der hiesigen Verhältnisse die Kontrolle der Schifffahrt und die Sicherstellung der Kohlentransporte. Soweit irgend welche weiteren Unruhen sich bemerkbar machen, ist die allgemeine Besetzung von Duisburg angedroht, welche unterbleibt, wenn die jetzt wieder angelegte Ruhe und Ordnung bestehen bleibt. Der Oberbürgermeister macht ausdrücklich darauf aufmerksam und ersucht die Bevölkerung, den fremden Heeresangehörigen gegenüber eine würdige und angemessene Haltung zu bewahren.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der neue Verfassungsentwurf der Reichsregierung liegt jetzt vor. Darin wird der Föderalismus des Reiches gewahrt. Das Reich soll sich aus einer Anzahl von Freistaaten zusammensetzen, an deren Spitze ein Präsident stehen wird, der auf 10 Jahre gewählt ist. Die Regierung wird von einem Reichskanzler und drei Reichsministern gebildet. Das Parlament soll sich aus einem Volkskammer und einem Staatskammer zusammensetzen, dessen Mitglieder von den Volksvertretern der einzelnen Staaten gewählt werden.

Wie die „Germania“ berichtet, teilte Minister Hirsch im Rahmen der preussischen Regierung auf den Protest des preussischen Episkopats gegen Aufhebung der geistlichen Oortschulinspektion in einem Schreiben an Kardinal Hartmann mit, daß die Verfügung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 27. November 1918 über die Befreiung der geistlichen Oortschulinspektion nicht in Kraft tritt, da sie vom Kultusminister Hoffmann publiziert worden sei, bevor sie der preussischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt war. Die endgültige Regelung dieser Angelegenheit werde der preussischen Nationalversammlung oder einer später zu berufenden geistlichen Körperschaft vorbehalten sein.

Wie die Berliner Regierung nachstehenden parlamentarischen Nachrichten hören, beabsichtigt die Reichsregierung die neu gewählte Nationalversammlung auf alle Fälle in der zweiten Hälfte des Februar nach Berlin einzuberufen. Die Regierung vertritt den Standpunkt, daß es im Interesse des Ansehens der Reichsregierung unbedingt geboten erscheint, keinen anderen Ort als Berlin zu wählen. Die Nationalversammlung soll im Reichstagsgebäude zusammenkommen. Es sind Anordnungen getroffen, die Arbeiten der neuen gesetzgebenden Körperschaften in Berlin vor Eörungen sicher zu stellen. Die Regierung steht zurzeit Truppen bei Berlin zusammen.

Die deutsche Friedensdelegation wird von dem Volksbeauftragten Scheidemann und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen Brockdorff-Rantzau, geführt werden.

Volksbeauftragter Scheidemann teilte in einer Rede in Kassel mit, daß die Regierung beabsichtigt habe, die Nationalversammlung voraussichtlich zum 6. Februar einzuberufen.

Der Sitz der Obersten Heeresleitung dürfte gegen Ende dieses Monats in eine Stadt im östlichen Teile Deutschlands verlegt werden.

Von den ausländischen Reichsämtern wird laut „Voss. Ztg.“ augenblicklich eine Gesetzesvorlage vorbereitet, die die geregelte Anstellung und Unterbringung zahlreicher Arbeitsloser zum Ziel hat.

Aus Portugal.

(*) Nach einem Amsterdamer Blatt meldet die „Times“ aus Madrid, daß Personen, die über die portugiesische Grenze kamen, erzählten, daß in ganz Portugal Bürgerkrieg herrsche. Alle Verbindungen sind unterbrochen. Santarem ist in den Händen von Revolutionären, die unter dem Befehl des Artillerieoffiziers Oberst Jarno Flagerbe stehen. Die bürgerliche Bevölkerung erhielt den Rat, die Stadt zu verlassen. Die granatierende Seele der Weirama ist

offenbar die militärische Junta ist Sports, die wahrhaftig von Bolschewisten unterstützt wird.

Ruxemburg.

(*) Die Großherzogin Marie Theresie dankt an 15. Januar vor der Kammerabordnung den Ab auf die Verfassung. Prinzessin Charlotte ist 1896 geboren und die zweitjüngste unter den sechs Töchtern des verstorbenen Großherzogs Wilhelm.

Aus Frankreich.

(b.) Die Sitzung des Parlaments wurde am Donnerstag eröffnet. Dudoit ist mit 98 Stimmen wieder zum Senatspräsidenten, Deschanel wieder zum Kammerpräsidenten gewählt worden.

Kleine Meldungen.

Rhein. Nach zuverlässiger Quelle beabsichtigen die britischen Behörden, für bestimmte Waren den Versand von der linken Rheinseite nach dem unbefestigten Deutschland in absehbarer Zeit zu gestatten. Eine Liste der freigegebenen Waren wird nach Abschluß der Vorbereitungen mit der Veröffentlichung der Erlaubniserteilung bekannt gegeben werden. Diese Verordnung wird eine begrüßenswerte wirtschaftliche Erleichterung bedeuten.

Düsseldorf. Der Bahnhof Düsseldorf-Bill ist von Anhängern der Spartakusgruppe besetzt worden, angeblich, weil ein Zug mit Regierungstruppen angekündigt wurde. Das Bahnpersonal erhob Einspruch beim Polizeipräsident des Arbeiter- und Soldaten-Rates.

Düsseldorf. Der König der Belgier besuchte am Donnerstag in Begleitung eines Majors das belgische Linienschiff „Düsseldorf“. Er besichtigte die belgischen Posten an der Rheinbrücke und kehrte dann nach Neuf zurück.

Berlin. Entgegen einer Dresdener Meldung ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu der erneuten Feststellung ermächtigt, daß zu keinem Zeitpunkt des Krieges die Verbands-Regierungen an die deutsche Regierung mit einem Friedensangebot herangetreten sind.

Die Universität Köln.

Ueber den Ausbau der Universität Köln, deren Ausgestaltung die preussische Staatsregierung durch einen Erlass vom 4. Januar grundsätzlich genehmigt hat, erfährt die Internationale Telegraphen-Agentur aus zuverlässiger Quelle folgendes:

Man wird bestrebt sein, die neue Anstalt in jener auf Reale gerichteten Tendenz weiterzuführen, die die bisherigen Einrichtungen, die Handelshochschule, die Verwaltungshochschule und die Akademie für praktische Medizin, auszeichnete; es sollen die Fächer im Mittelpunkt stehen, die lebenswichtig sind, die enge Fühlung mit der Praxis haben. Es sind vier Fakultäten vorgesehen: die wirtschaftswissenschaftliche, die naturwissenschaftliche, die juristische und die medizinische. Die erlangte, die aus der bisherigen Handelshochschule hervorgehen soll, wird mit 19 hauptamtlichen Professoren zuerst ins Leben treten, also mit einer Zahl von Ordinarien, wie sie keine andere Anstalt aufzuweisen hat. In der philosophischen Fakultät sollen in der Hauptsache die neuen Sprachen gepflegt werden; die juristische wird ihr Hauptaugenmerk auf die Behandlung des internationalen und des öffentlichen Rechts richten. Die medizinische Fakultät schließlich wird den Schwerpunkt in die klinischen Semester legen, dagegen die medizinische Propädeutik mehr von an überlassen. Im allgemeinen soll eine neuartige Methode des Unterrichts gepflegt werden. Es wird eine reinliche Scheidung eintreten zwischen Forschern und Lehrern. Den eigentlichen Forschern ist anheim gegeben, Vorlesungen nur insoweit zu halten, als sie ein inneres Bedürfnis dazu verspüren. Diejenigen Professoren jedoch, die nicht mit Forschungen befaßt sind, sollen nicht gezwungen werden, jedes Jahr eine Publikation herauszugeben. Ferner soll der regere geistige Austausch zwischen den Studenten und den Professoren ermöglicht werden, womit man das Repetitoratwesen zurückdrängen hofft. Auch soll in allen Zweigen möglichst großer Wert auf Anschauungsunterricht gelegt werden. Bei der Verfassung, die man der Anstalt geben will, denkt man an die rein republikanische, also an das Dekanat- und Rektoratsystem der übrigen deutschen Hochschulen. Ueber die politische und kulturpolitische Bedeutung einer so groß angelegten Anstalt braucht man sich nicht im Unklaren zu sein. Um dieselbe Summe da die alte Universität Strassburg gefallen ist, erhebt sich ein neues Volkwerk am Rhein. Seine Bedeutung wird in der zweifachen Aufgabe liegen: die Wacht zu halten gegen schädliche Einflüsse von draußen, aber auch eine Ausgleichsbrücke zu bilden zwischen zwei entgegengesetzten Kulturen, der östlichen und der westlichen, mit dem Ziel, beizutragen zur Versöhnung der Länder und Völker.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Wahlergebnis.

* Oestrich, 20. Jan. Bei der gestrigen Wahl zur Nationalversammlung haben von 1656 Wahlberechtigten circa 85% von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 718 auf Wähler Juba, 581 auf Scheidemann, 101 auf Luppe, 6 auf Riehnert-Dieber, 2 auf Reith.

Verkehrsscheine.

* Eltville, 19. Jan. Der hiesige Magistrat veröffentlicht folgendes: Wir machen darauf aufmerksam, daß die von der Kreis-Stationenkommandantur Nüdesheim ausgestellten Verkehrsscheine an dem dem Verfalltag folgenden Sonntag bis 11 Uhr bei uns abzugeben sind; damit sie noch am gleichen Tage zurückgegeben werden können. Die Verkehrsscheine müssen innerhalb 48 Stunden nach dem Verfalltag bei der Kreis-Stationenkommandantur Nüdesheim eingehen, widrigenfalls strenge Bestrafung eintritt.

Wahlergebnis.

* Erbach-Rheingau, 20. Jan. Von 1032 Wahlberechtigten in hiesiger Gemeinde machten 910 von ihrem Wahlrecht Gebrauch wie folgt: 449 Zentrum, 321 Sozialdemokraten, 116 Demokraten, 22 Nationalliberale, 2 Stimmen waren ungültig.

Wahlergebnis.

Das annähernde Gesamt-Ergebnis der Wahlen zur National-Verammlung im Rheingaukreise stellt sich folgendermaßen:

9786	Stimmen für Zentrum,
4708	" " Sozialdemokratie,
1642	" " Deutsche demokratische Partei,
606	" " Deutsche Volkspartei,
14	" " Unabhängige Sozialisten,
10	" " Deutsch-nationale Partei.

Gedewirtschaften.

× Rüdesheim a. Rh., 17. Jan. Der Herr Militärkommandant hat für den Rheingaukreis folgendes bestimmt: Die zum Ausschank ihrer letztjährigen Ernte zugelassenen Gedewirtschaften dürfen das Alter Wein nicht zu einem höheren Preise als 4 Mk. per Liter einschl. Steuer verkaufen. Dieser Preis muß an der Tür des Hauses der Gedewirtschaft angeschlagen sein, widrigenfalls Bestrafung sowie Schließung der Wirtschaft erfolgt.

Besser als das größte Vermögen ist eine gründliche Bildung!

3. Sie ist es, die über alle Fährlichkeiten der Zukunft hinweghilft. Deshalb hat die Unterrichtsverwaltung recht, wenn sie erklärt, die Förderung der Jugend in der Friedensperiode liege noch viel mehr als bisher im Interesse jedes einzelnen und der Gesamtheit. Kein Tag darf in dieser Hinsicht mehr verloren gehen. Die Schule muß sofort den kulturellen Wieder-Aufbau beginnen. Dann braucht es uns um die Zukunft unseres so braven, fleißigen und tätigen deutschen Volkes nicht bange zu sein. Nach dem Krieg benötigen wir mehr als je eines gut vorbereiteten Nachwuchses. Die Eltern studierender Söhne weisen wir aus diesem Grunde gerade jetzt gern auf die in bestem Ansehen stehende höhere Reform-Lehranstalt zu Rühl a. Rhein hin. Die Reform-Lehranstalt Rühl nimmt Schüler jeden Alters und bringt sie infolge ihrer besonderen Methode und ihrer individuellen Behandlung in kleinen Klassenabteilungen rasch vorwärts. Die Zöglinge absolvieren bei hinreichendem Fleiß 2 Klassen in einem Jahr. Die höhere Reform-Lehranstalt Rühl bereitet für alle Prüfungen vor und kann allen Eltern bestens empfohlen werden. Auch die Verpflegung in diesem Institut wird als vorzüglich geschätzt.

Wer trägt die durch die Besatzung auferlegten Kosten und Lasten?

* Die Waffenstillstandsbedingungen besagen, daß die Kosten vom Deutschen Reich zu tragen sind. Wer also aus irgend einer, durch die Besatzung veranlaßten Vergütungsforderung gegen das Reich hat, kann solche geltend machen. So z. B. für alle Ansprüche für eingenommene Quartiere sowie sonst noch beanspruchten Räume, Gerätschaften und andere Leistungen. Zur Sicherung späterer Vergütungsforderungen gegen das Reich dürfte es sich empfehlen, die Ansprüche schriftlich bei den zuständigen Stellen anzumelden.

— Erhöhung der Fleischration. Vom 1. Februar an wird nach Mitteilungen des amtlichen Organs des Deutschen Fleischverbandes die Konzentration an Fleisch um 100 Gramm erhöht, jedoch in den Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern statt bisher 100 Gramm deren 200 Gramm, in denen von 50 000 bis 100 000 Einwohner statt 150 Gramm deren 250 Gramm und in den übrigen Städten 300 Gramm vorausgesetzt werden. Die Erhöhung ist, wie das Organ des Verbandes weiter mitteilt, die Folge der Demobilisierung und des Wegfalls der Fleischzulagen an Rüstungsarbeiter. Die Zulagen werden hinfort nur den unter Tag arbeitenden Bergleuten, dem Eisenbahnpersonal und den Kranken gewährt.

— Vornamen ausschreiben. Durch das unseren Frauen so plötzlich in den Schoß gefallene Wahlrecht sind sie mit einem Schlage in das öffentliche Leben geworfen und berechtigt worden, an der Entwicklung unserer politischen Verhältnisse teilzunehmen. Die inzwischen auch weit fortgeschrittenen Organisationen aller Frauen, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem, auf sozialem und caritativem Gebiet haben weiterhin eine große Anzahl von Frauen und Jungfrauen in unmittelbare Berührung mit dem öffentlichen Leben gebracht. Dadurch ist auch der Briefwechsel dieser weiblichen Kreise außerordentlich stark gewachsen. Deshalb sei den schreibenden Damen hiermit die Bitte vorgetragen, eine Gewohnheit anzunehmen, die viele Mißverständnisse und Irrtümer verhindern wird, nämlich die Bitte, alle Briefe stets mit ausgesprochenem Vornamen unterzeichnen zu wollen. Das trifft sowohl für den beruflichen Briefwechsel, Eingaben an Behörden, Briefe an Zeitungsredaktionen, Stellungsgesuche usw. zu, als auch für den Briefwechsel im Privatverkehr. Erhalte ich einen Brief oder ein Stellengesuch mit A. Müller unterzeichnet, so kann das sowohl ein Herr August Müller als ein Frä. Anna Müller bedeuten. Solche Abkürzungen sollten daher streng vermieden werden. Es muß Regel sein, bei jeder Unterschrift den Vornamen voll auszuschreiben.

Originelle Bestrafung. Eine ungewöhnliche Art der Bestrafung wurde einem wohlhabenden Landwirt in Rülshaus bei Höchst a. M. durch den französischen Kommandanten zuteil, weil der Mann aus einem französischen Lager Gaser gestohlen hatte, auf folgende originelle Weise: Zunächst mußte Christian zwei Stunden lang vor seinem Hofort in Hemdsärmeln mit einem Schild auf der Brust stehen, auf dem man in deutscher und französischer Sprache also las: „Ich bin ein Dieb!“ Nachher wurde an das Hofort ein Schild mit der Aufschrift gehängt: „Hier wohnt ein Dieb!“ Das Schild prang für mehrere Monate dort.

Minenunfall eines Passagierdampfers. „Giornale Italia“ meldet aus Palermo: Der von Marseille nach dem Ätna fahrende französische Dampfer „Charrel“ mit 600 Passagieren, zum Teil französischer, britischer und russischer Nationalität, an Bord, stieß am 14. Januar um Mitternacht gegen eine kreisende Mine und sank nach einer furchtbaren Explosion innerhalb vier Minuten am Eingang der Meerenge von Messina. Der englische Dampfer „Gageston“ konnte sich bei klarem Wetter und ruhiger See an die Unfallstelle begeben und ungefähr 150 Schiffbrüchige an Bord nehmen. Dem „Gageston“ gelang es, den Dampfer der sizilianischen Seeposten zu benachrichtigen, der Hilfe absandte. Um 8 Uhr morgens fuhren die britischen und italienischen Schiffe in den Hafen von Messina ein. Das italienische Wolk Kreuz hat sich der Schiffbrüchigen angenommen. Die Zahl der Opfer wird auf 500 geschätzt.

Verwendung der Kriegsgefangenen. Der Reichsminister hat beschlossen, Kriegsgefangene zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu verwenden. Ende März sollen mindestens 200 000 Kriegsgefangene im vergl. Gebiet arbeiten.

— Kriegsanleihe. Die Reichsbank hat den Kurs, zu dem sie kleinere deutsche Kriegsanleihe ausnimmt, mit Wirkung ab 15. d. M. weiter und zwar auf 92,10 Prozent, herabgesetzt, d. h. also um 2 Prozent. Damit nähert sich der Kurs der Kriegsanleihe der Reichsbank bis auf eine nicht mehr sehr bedeutende Spanne, dem im freien Verkehr für größere Beträge Kriegsanleihe erzielbaren Kurs. Der Handel mit deutschen Kriegsanleihen wird vom 16. Januar an, mit Ausnahme der eigenen Bestände der Bank, freigegeben. Mindestverkaufspreise sollen von diesem Tage an fest.

— Warnung vor gefälschten Kriegsanleihe-Zinscheinen. Es sind Zinscheine oder Spross. Kriegsanleihe im Umlauf, die auf der Rückseite folgende Steampel tragen: Entweder „Geprüft Deutsche Bank Hauptstelle 29. 12. 18“; oder „Deutsche Bank Kontrole 10. 12. 18“. Hierzu ist zu bemerken, daß die Deutsche Bank Zinscheine mit einem Stempel irgendwelcher Art nicht im Umlauf bringt oder zu Zahlungen benutzt. Es ist zu vermuten, daß an den Zinscheinen Fälschungen vorgenommen worden sind, und daß die Fälscher obengenannte Stempel benutzt haben in der Absicht, die denjenigen Personen, denen sie die Zinscheine in Zahlung geben, kein Mißtrauen ankommen zu lassen.

— Amnestie-Verlängerung. Ergänzung zu dem Gesetz über eine militärische Amnestie vom 7. Dezember 1918. Die Frist des § 2 Abs. 4 der Verordnung vom 7. Dezember 1918 wird bis zum 31. Januar verlängert. Die Reichsregierung hat eine Verordnung erlassen, nach der bei Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Dienst die verlängerten, jedoch nicht bezahlten oder verbüßten Strafen erlassen werden. In ein Teil der Strafe verbüßt oder bezahlt, so wird der Rest erlassen. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

— Fertig abgewogen. In letzter Zeit ist in Geschäften vielfach, besonders in solchen mit Zuckerwaren, die Gewohnheit wieder angenommen worden, die Ware „fertig abgewogen“ in Zuten bereit zu halten. Obwohl der Wunsch nach Erleichterung in der Abwiegelung des Geschäftes verständlich ist, so entspricht dies Verfahren durchaus nicht den berechtigten Ansprüchen des Käufers. Die fertig abgewogenen Viertelpfund weisen, abgesehen davon, daß sie nicht auf 125, sondern 120 Gr. abgewogen werden, auch dann noch Mindergewichte zum Schaden des Verbrauchers auf, wie jetzt wieder festgestellt wurde. Kein Käufer braucht derartig „fertig abgewogene“ Ware anzunehmen, vielmehr ist es sein Recht, sich die Ware vorwiegen zu lassen und sich dadurch vor Uebervorteilung bei Waren zu schützen, deren Preise ohnehin so gefallen sind, daß die Lust nach den Maßigkeiten vergeht.

Großer Diebstahl. In der Nacht zum Freitag ist aus dem Gebäude der Nachen-Maastrichter Eisenbahn-Gesellschaft in Aachen zum Nachteil der deutschen militärischen Uebergabe-Kommission eine Summe von vierhunderttausend Mark in Banknoten nach Belgien gestohlen worden.

Die Arbeitsunlust. Nach einer letzten Feststellung beträgt die Zahl derjenigen, die Erwerbslosenunterstützung beziehen, in Hamburg 45 000. An Unterstützung werden gezahlt 5 Mark für die Ledigen und 8 Mark für die Verheirateten. Die Folge dieser Unterstützung ist, daß auch die Lohnforderungen steigen, da es immer noch eine Reihe von Leuten gibt, die lieber eine Unterstützung beziehen, als für einen angemessenen Lohn zu arbeiten.

Die russischen Rubel. In Wandsbek (Hamburg) wurden 18 junge Leute festgenommen, die von einem Vertrauensmann des Spartakusbundes zur Verstärkung des Berliner Partisanen angeworben waren. Jeder hatte 200 Mark Handgeld erhalten. Außerdem war ihnen ein Tagegeld von 20 Mk. versprochen worden.

Eine sinnliche Ehrung. Wohl selten sind einem Dichter schon zu Lebzeiten solche Ehrungen aus dem Kreise seiner Verehrer und Verehrerinnen zuteil geworden wie dem vor längerer Zeit verstorbenen Peter Rossegger. Und doch erstreckte sich nichts so sehr wie eine Huldigung, die ihm einmal eine Berlinerin darbrachte. Der Dichter wollte Ende des vorigen Jahrhunderts in der Reichshauptstadt, um in einer literarischen Vereinigung aus seinen Schriften vorzulesen. Bei dieser Gelegenheit sollte sich folgender Vorgang ab, der so recht zeigt, welcher großen Volksheldenschaft sich der Dichter weit über die Grenzen seiner Heimat hinaus erfreute. Unter den Zuhörern befand sich auch ein hübsches Mädchen von ungefähr 17 Jahren mit langem blondem Kopf und hellblauen Augen, die kindlich auf den Vortragenden gerichtet waren und sich an den lieben Zügen des Dichters gar nicht sattsehen konnten. In der Hand hielt die Kleine zwei dunkelrote Rosen und ein Briefchen versteckt. Raum war die Vorlesung beendet, so eilte der Blondopf an das Vortragspult und überreichte dem Dichter mit niedlichem Lächeln Rosen und Blumen. Auf tosa Papier standen in mädchenhaften Schriftzügen Rosseggers Werke folgendermaßen zu einem Briefe vereint: „Als ich noch jung war“ und meine „Ferien“ oder die „Sonntagsruhe“ dazu benutzte, im „Heimgarten“ meiner Eltern die „Schriften des Waldschulmeisters“ zu lesen, hielt ich Dich für „das ewige Licht“, das mir mit „wärmendem Sonnenschein“ mein „Himmelreich“ brachte. Später durchschritt ich „am Wanderflügel“ die Welt und erkannte, daß es auch in „Tonnenbarz und Fichtennadeln“, „Dorfsünden“ albt, und daß auch in der „Waldheimat“ der „Kelter“ den „Sonderlingen“ aus dem Volke der „Kelter“ allerlei „Menschliches“ passiert. Du, mein lieber Peter Rossegger, wirst ihnen aber am „Tage des Christus“ als „Gottsucher“ vorankommen.“ Der dankbare Dichter war überglücklich, in dieser treuen Leserin eine geborene Verklärerin vor sich zu haben, die noch nie weit aus den Mauern der Reichshauptstadt hinausgekommen war. Rossegger bedauerte, daß sie nicht Land und Leute seiner Heimat kenne, und versprach ihr beim herzlichen Abschied, ihrer stets zu gedenken. Der liebe Dichter hat auch Wort gehalten. Alle Jahre, am Jahrestag der Bekanntschaft, traf eines seiner Bücher in schönem Einband bei ihr ein, und ein jedes enthielt die lebenswichtige Widmung: „Meiner lieben Berlinerin zur freundlichen Erinnerung an den Tag, da wir uns kennen lernten. Rossegger.“

Die Frau als Rechtsanwältin. Bekanntlich ist in Deutschland die Frau als Rechtsanwältin nicht zugelassen, dagegen besitzen Frankreich, Rußland, die Schweiz und auch die Vereinigten Staaten weibliche Rechtsanwältinnen. Beachtenswert ist die Nachricht, daß in Ame-

rika sogar die Vierung die Dienste einer Frau als Rechtsanwältin in Anspruch genommen hat. Die Bundesregierung hatte einen Prozeß gegen den Standard-Oil-Trust. Der Generalstaatsanwalt ernannte die New-Yorker Rechtsanwältin Mrs. Mary Proce Quadenbos zum Staatsanwalt und betraute sie mit dem vorgenannten Prozeß. Ihre Tätigkeit hatte Erfolg. Bisher haben die Vereinigten Staaten gegen vierzig weibliche Rechtsanwältinnen. Eine von ihnen, Frau Rodwood, hat die Ansprüche eines Indianerstammes der Regierung gegenüber vertreten und eine Entschädigungssumme von vielen Millionen erzwungen. In Neuseeland ist Frau Ethel de Costa besonders in den Fällen, die das Erbrecht betreffen, erfolgreich tätig. Australien hat auch seinen ersten weiblichen Rechtsanwältin in Mrs. Greta Greig in Melbourne.

Massenlotterie. Die Ziehung 1. Klasse hat am 7. und 8. Januar stattgefunden. Die beiden Hauptgewinne mit 50 000 Mk. entfielen auf die Nummern 29 741, 2 Gewinne zu 30 000 Mk. auf die Nummern 124 470.

Gegenmaßnahmen. Gegen die Vergewaltigungen der Spartakisten den Zeitungsbetrieben gegenüber nahm eine Vertrauensmännerverammlung des Verbandes deutscher Buchdrucker in Elberfeld dahin Stellung, daß in den Druckereien des Buppertals, die möglicherweise vorübergehend von Spartakisten besetzt werden, die Buchdrucker sofort die Arbeit einstellen dürfen. Die Vergewaltigungen. Die im Essener Saalbau tagende Sozialisierungskommission hat sich zwar unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schichtlohnes für die Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen, doch sind die Meinungen über die Voraussetzungen zur Arbeitsaufnahme geteilt. Die Zahl der Streikenden hat sich stark vermindert. Die Morgenschicht trat auf einigen Höfen fast vollständig an.

Ein Großfeuer brach Mittwoch nacht in der Spinnerei Carl Dittger in Grimmitzschau-Nentrichen durch Heißlaufen einer Welle der Transmission aus. Ein Teil der im Betrieb beschäftigten Arbeiter konnte nicht rechtzeitig den Weg ins Freie finden, so daß bei dem Brande auch einige Personen — man spricht von 5 bis 10 — verbrannten und einige verwundet wurden.

Benzol-Explosion. „Libre Belgique“ meldet: Am Freitag Abend stieg in der Rue de la Loi ein mit Benzol gefüllter Eisenbahnwagen in die Luft, der neben einem mit Franzosen aus den gesäumten Gassen besetzten Zuge stand. Sechs Personen sind vollkommen verbrannt, ungefähr 50 haben zahlreiche Brandwunden erlitten. Unter den Trümmern liegen weitere Personen begraben, die mehr oder weniger schwere Verletzungen haben. Viele Personen sind leicht verletzt.

Eisenbahnunglück. In New-York erfolgte ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Eisenbahnzügen. Zwölf Personen wurden sofort unter den Trümmern hervorgezogen. Man fürchtet, daß die Zahl der Opfer groß ist.

Aussperrung deutscher Tabakerzeugnisse. Wie aus London gemeldet wird, verpflichtete sich die Vereinigung der Tabakhändler, für die Dauer von 5 Jahren nicht in deutschen oder österreichischen Erzeugnissen oder mit deutschen oder österreichischen Firmen Handel zu treiben.

Feuerschiff. Der Maschinenraum mit den Druckmaschinen der „Ragdeburger Zeitung“ ist nach einer Meldung aus Ragdeburg durch Feuer zerstört worden. Maschinen. Feldmarschall von Radenhausen, wie die französische Waffenstillstandskommission mitteilt, nach Schloß Suttat bei Rensay in Ungarn übergeführt und dort interniert worden.

Seinen Gatten erschossen. Nach einer New-Yorker Meldung wurde Lebaudy, der bekannte französische Millionär, der sich seinerzeit als Kaiser der Sahara hat ausruhen lassen, von seiner Frau mit zwölf Revolverkugeln getötet.

Der Mörder Jaures. Aus Paris wird berichtet: Der Prozeß gegen Villain, den Mörder Jaures, wird im Februar zur Verhandlung kommen.

Ein starker Andrang zu den höheren Schulen macht sich neuerdings im ganzen Reich bemerkbar. Die unteren und mittleren Klassen sind dabei überfüllt, daß in manchen dieser Anstalten schon längst nicht mehr durch die Errichtung von Parallelklassen der Ueberfüllung abgeholfen werden kann. Man mußte in vielen Anstalten schon drei, ja sogar vier Parallelklassen errichten. Dazu kommt, daß die in jeder größeren Gemeinde gegründeten höheren Bürgerschulen aus ihren bescheidenen Anfängen sich meistens recht bald zu Vollanstalten mit sieben oder neun Parallelklassen ausbauen. Die Universitäten weisen dabei einen stetig wachsenden Besuch auf. Dieser Bildungsdrang wäre an sich gewiß recht erfreulich, wenn nicht die Gefahr des geistigen Proletariats, vor der vor dem Kriege schon mit Recht ernstlich gewarnt wurde, durch den stets steigenden Andrang zum Studium ganz bedenklich vermehrt würde. Der Krieg mit seiner gewaltigen Zerstörung und den ungesund geistigen Löhnen hat eine bisher nie für möglich gehaltene Entwertung aller geistigen Berufsarbeit gebracht. Der stets wachsende Andrang zum Studium steigert diese Entwertung der Geistesarbeit sicherlich bis zum wirtschaftlichen Elend. Dabei zeigt andererseits das heute so ausgezeichnet lohnende Handwerk eine bedenkliche Leere in jungem Nachwuchs.

Keine Furcht vor Nierenerkrankungen. Von Ärzten Seite wird geschrieben: Der ungewöhnlich starke Drang zur Absehung von Wasser, der seit längerer Zeit schon bei fast jedermann zu beobachten ist, hat bei vielen Beunruhigung hervorgerufen und die Befürchtung auskommen lassen, daß dadurch ernste Gesundheitsstörungen, insbesondere eine Erkrankung der Nieren, eintreten könnten. Dies ist aber nicht der Fall. So unangenehm auch die bei jung und alt auftretenden Erscheinungen sein mögen, müssen sie doch als „harmlos“ bezeichnet werden. Einmal sind sie eine selbstverständliche Folge der großen Wasserhaltigkeit der meisten Nahrungsmittel, die wir jetzt zu uns zu nehmen gezwungen sind. Hierzu gehören insbesondere Traut und Kartoffeln, die wir in viel größeren Mengen als früher genießen. Das häufige Abscheiden des Wassers wird freilich zum anderen auch dadurch verursacht, daß manche Hausfrauen angesichts der jetzigen eintönigen Kost dazu neigen, bei der Zubereitung der Speisen mehr Salz als früher zu verwenden, um die Nahrungsmittel etwas schmackhafter zu machen. Ueberreichlicher Genuß von Kochsalz ist jedoch dem menschlichen Körper nicht zuträglich und übt einen größeren Reiz auf die Nieren aus. Mit dem Genuß von Saccharin, das in der Bevölkerung hier und da immer noch als gesundheitsfördernd angesehen wird, haben die erwähnten Erscheinungen nicht das mindeste zu tun. Die ärztliche Literatur kennt keinerlei Vergiftungs- oder Erkrankungsfälle durch Saccharin. Tatsächlich sind die von uns verzehrten Mengen außerordentlich gering. Aber auch größere Portionen haben sich als durchaus ungefährlich erwiesen.

Es sind schon zweimal von 5 Wochen auf einmal ge-
nossen worden, ohne daß sich irgendwelche nachteiligen
Folgen gezeigt hätten. Das gilt auch von den Zierbe-
rungen; man hat Stunden im kurzen Zeit bis 47 Gramm
Saccharin ohne merkliche Wirkungen gegeben. Jeden-
falls hat das übermäßige und häufige Ausschütten von
Wasser aus dem menschlichen Körper einen natürlichen,
zu keinerlei Beeinträchtigungen Anlaß gebenden Grund, der
allerdings bei der jetzigen Ernährungsweise — abge-
sehen von einer Einschränkung des Salzgenusses — auch
kaum beseitigt werden kann.

Uda. Das Schicksal der Wolgabewohner. Einen
Brief aus Jülich an der Wolga, der vom 10. 6. dieses
Sommers stammt, aber erst jetzt seinen Adressaten er-
reichte, veröffentlicht Prof. Nade in der „Christlichen
Welt“. Da heißt es: „Ich wollte, ich hätte den Jam-
mer und das Elend nie gesehen, das uns Deutschen
zum allmählichen Los geworden ist. Worte sind hier
machtlos, das zu schildern, was sich hier Wirklichkeit
nennt. Unter dem Vorwand der Einführung des Kom-
munismus ziehen bewaffnete Banden raubend und plün-
dernd durch die Kolonien. Überall werden ungeheure
Erpressungen verübt. Viele Ortschaften und Dörfer
sind dem Erdboden gleichgemacht, die Einwohner aus-
geplündert und von ihrer Scholle verjagt. Unstet und
flüchtig wandern Tausende umher, ihres Lebens nicht
sicher. Wie das Recht gepflegt wird, mögen ihnen
nachstehende Beispiele von tausend anderen erzählen.
Die russischen Bauern aus der Nachbarschaft von Schön-
thal kamen dorthin und verlangten von den Deutschen
Getreide und Mehl unentgeltlich. Sie behaupteten, die
Deutschen seien auf ehemaligem russischen Boden ange-
siedelt und hätten daher kein Recht auf ihr, mit soviel
Mühe erworbenem Gut. Die Deutschen weigerten sich,
ihre Hab und Gut diesen auszuliefern. Da griffen die
Russen zu den Waffen. Da sie auch Maschinengewehre
besaßen, so blieben sie nach kurzem Kampf Sieger. Das
ganze Dorf wurde vollständig ausgeplündert. Vieh,
Getreide, Landwirtschafts- und Hausgeräte mit fortge-
schleppt, obendrein noch eine Kontribution von 500 000
Rubel auferlegt. Schönthal ist völlig ruiniert, seine
Bewohner sind Bettler geworden. In Schaffhausen ging
es ähnlich zu. Auch hier verlangte von Röst und an-
deren Ortschaften herbeigekommenes Gefindel von den
Deutschen Getreide, ja sogar Frauen und Mädchen
verlangt worden. Als die Einwohner sich weigerten,
den Begierden dieser Mordgesellen zu entsprechen, ent-
brannte ein heftiger Kampf, der in den ersten Tagen eine
völlige Niederlage für das Gefindel brachte. Nur durch
niederträchtigen Verrat österreichischer Kriegsgefangener,
die sich der roten Garde angeschlossen und sich diesem
Gefindel zugesellt hatten, wurden die Deutschen besiegt,
da sie sich auf die Gültigkeit der Ausländer verlassen
hatten. Die Sieger fielen nun zügelnd, plündernd und
mordend über das Dorf her. Was nicht mitgenommen
werden konnte, wurde vernichtet. Weiber und Jung-
frauen geschändet. Obendrein wurde noch eine Kontri-
bution von 80 000 Rubel für Schaffhausen und 120 000
für die anderen vier Dörfer auferlegt. Der Schaden
von Schaffhausen allein übersteigt 2 000 000 Rubel.

Weinzeitung.

* Bodenheim, 18. Jan. Die Weinpreise gehen in-
folge starker Nachfrage langsam in die Höhe. So wurden
hier einige Sorten 1918er zu 3500—4000 Mark pro Stück
abgesetzt. In älteren Weinen herrscht keine Nachfrage, doch
sind die Forderungen der Eigener unverändert hoch.

Kunst und Wissenschaft.

Bekämpfung der Herzkrankheiten Nachdem die
Abwehr- und Verhütungsmassnahmen gegen die Zuber-
luse und die Säuglingskrankheiten bereits große Erfolge
aufzuweisen haben, verlangt Dr. Graßmann in München
den, daß namentlich auch die Bekämpfung der Herzkrank-
heiten in systematischer Weise organisiert werde. Eine
nationalökonomische Bedeutung kommt den chronischen
Herz- und Gefäßkrankheiten zu. Wenn auch wohl die

Ausführung dieser Massnahmen nicht immer möglich ist, so
ist doch ihre Befolgung ein entscheidendes Ziel. Die
Hauptursache ist aber, daß die Herzkrankheiten frühzeitig
erkannt und behandelt werden. Wenn das Publikum
wisse, daß schon sehr frühe Stadien des kranken Her-
zens heute erkennbar sind, und daß der Verlauf gün-
stig zu beeinflussen ist, so würde es sich früher zur Un-
tersuchung und Behandlung einstellen. Bezüglich der
Herzkrankheiten fehlt es noch ganz an der rechtzeitig
wirksamen Einsicht. Dr. Graßmann sagt, daß man sein
Gesicht untersuchen lasse, so lange es gesund ist, nicht
aber sein Herz, und er verlangt daher regelmäßige Ge-
fäß- und Herzuntersuchungen in der Periode aufsteigender
Lebensfähigkeit.

Ein ungefährliches Schlafmittel. In der Medi-
zinal-Klinik wird für chronische Schlaflosigkeit eine
gewissermaßen psychologische Einschlafmethode
empfohlen. Der Patient soll nach den Vorschriften von
Dr. Roszak nach dem Zubettgehen eine möglichst be-
queme Lage einnehmen, bei der sämtliche Muskeln
ruhen. Er soll dann jede Bewegung vermeiden, auch
Husten, Niesen, Räuspern &c. unterdrücken. Nach eini-
ger Zeit empfindet er eine zunehmende Unbehaglichkeit,
die in dem Verlangen nach Lagerwechsel gipfelt. Der
Patient soll aber dieses Verlangen mit aller Kraft be-
kämpfen und ruhig liegen bleiben, bis sich etwa nach
15 bis 20 Minuten die Reizung des herannahenden
Schlafes einstellen. Jetzt legt er sich schnell unter Ver-
meidung starker Bewegungen, so hin, wie er einzu-
schlafen gewohnt ist und findet dann fast immer den er-
sehnten Schlaf. Leider werden Nerven die hierzu er-
forderliche Energie selten aufbringen.

Vererbt sich Begabung? In dem Werke des be-
kannten Errenarzes Dr. Aurelia wird uns eindringlich
zum Bewußtsein gebracht, daß die gesamte Produktion
des Menschen, auch die abstrakte Idee des weitstren-
den Denkers, zugleich ein Produkt der Gesellschaft ist,
daß aber die Begabung des Individuums in der Haupt-
sache ein Produkt der Vererbung ist. Ein fundamen-
teller Unterschied besteht in der Begabung des Praktikers
und Ideologen; eine Mittelstellung zwischen beiden
nimmt in gewisser Weise der Techniker ein. Auch in der
Erkennung erhalten sich diese Formen, dagegen gibt es
keinen Unterschied zwischen den einzelnen Formen künst-
lerischer und intellektueller Begabung. Begabung für
Philosophie, Malerei, Sprachkunst findet sich nach Dr.
Aurelia immer wieder in derselben Familie. Für Musik
und Mathematik soll es eine gemeinsame Erbanlage
geben. Die Gruppe der Praktiker umfasst bei Dr. Au-
relia den Unternehmer, den Staatsmann und den Sol-
daten; die Gruppe der Ideologen den Künstler und den
Wissenschaftler. Hochbegabte Menschen stammen meist
aus kaiserlichen Familien, und zwar vielfach aus
Händwerker-, Pastoren- und Bauernfamilien.

Schuldnerverzug.

Rechtliches.

Die Augen auf oder den Beutel auf, warnen ein be-
währtes altes Sprichwort den Bauern beim Handel. Es
hat seine doppelte und dreifache Richtigkeit beim Vieh-
kauf. Denn in einem Stück Vieh steckt niemand drin*,
weder der Käufer noch der Verkäufer, und der Schein
des äußeren Aussehens trägt nicht selten. Wer ein Stück
Vieh abschafft und zum Verkauf stellt, tut es selten ohne
Grund. Den Grund aber gibt er in den wenigsten Fäl-
len dem Käufer ab und ganz wahrheitsgemäß an. Wärsch
der Käufer bestimmte Erklärungen und Zusicherungen
über die Eigenschaften des Kauftieres, so wird in unde-
terminierten Ausdrücken manchmal viel um den Kern der
Sache herumgeredet und es ist später sehr schwer, wenn
nicht unmöglich festzustellen, ob es sich um unverbindliche
Anpreisungen oder um verbindliches Garantieverpro-
chen handelt. Noch immer zu häufig wird versäumt, sich
einen schriftlichen Garantiechein ausstellen zu lassen. Einen
solchen Schein soll der Käufer aber auch lesen und
wenn er von der Sache nichts versteht, einem Fachmann
zeigen, ehe er ihn annimmt. Ausdrücke wie „für ne-

stliche Mängel wird Garantie geleistet“, besagen gar-
nicht. Es gibt keine gesetzlichen und ungeschriebenen
Mängel, das Gesetz unterscheidet zwischen Hauptmängeln
und Nebenmängeln. Für Hauptmängel haftet der Ver-
käufer, auch wenn er nicht garantiert hat, innerhalb be-
stimmter Gewährfrist. Für Nebenmängel haftet er
grundsätzlich nur dann, wenn er für ihr Nichtvorhanden-
sein im Allgemeinen oder im Besonderen Gewähr ge-
leistet hat. Wer Mängel behauptet, muß beweisen, daß
sie beim Gefahrübergang schon vorhanden waren. Bei
den Hauptmängeln bleibt ihm dieser Beweis jedoch er-
spart, wenn sich der Hauptmangel innerhalb der Ge-
währfrist beweisen lässt. Bei Nebenmängeln genügt
es, wenn der Käufer innerhalb der für den Vieh-
kauf im Allgemeinen geltenden Verjährungsfrist von 6
Wochen den Mangel rügt. Bei Hauptmängeln muß er
schon innerhalb zweier Tage nach dem Ablauf der kür-
zeren Gewährfrist oder falls das Tier vor dem Ablaufe
der Frist getötet oder sonst verwendet ist, innerhalb von
zwei Tagen nach dem Tode des Tieres, den Mangel
dem Verkäufer anzeigen, oder doch wenigstens die An-
zeige an ihn abgeben. Gerichtliche Klagen, Streitver-
bindungen und Beweisführung ersetzen die Anzeige. Diese
ist nicht nötig, wenn der Verkäufer den Mangel arglistig
verschwiegen hat, was der Käufer beweisen muß. Dieser
Beweis ist äußerst schwer zu führen, so daß der Käufer
in allen Fällen gut daran tut, die Anzeige rechtzeitig
zu machen, und zwar so, daß er ihren Absendungszeit-
punkt und ihren Inhalt beweisen kann. In der An-
zeige muß er den bemerkten Fehler und die hervorgetre-
tenen krankhaften Erscheinungen im Einzelnen so deut-
lich angeben, wie er eben in der Lage ist. Es ist zweck-
mäßig, bereits vor der Anzeige durch einen Sachverständi-
gen eine Feststellung treffen zu lassen, welcher Fehler
wirklich vorliegt und wie die beobachteten Erscheinungen
zu deuten sind. Die Gewährfrist kann vertraglich ver-
längert oder verkürzt werden. Dagegen tritt die sechs-
wöchentliche Verjährung von Gesetzeswegen ein, ohne
einer vertraglichen Änderung zu unterliegen. Diese
Verjährung beginnt bei Nebenmängeln, für die der Ver-
käufer nur auf Grund besonderer Garantie haftet, vom
Gefahrübergang an zu laufen, bei Hauptmängeln da-
gegen nach Ablauf der Gewährfrist. Innerhalb der Ver-
jährungsfrist muß geklagt sein, soll der Käufer seinen
Anspruch nicht verlieren. Der Klage stehen gewisse an-
dere gerichtliche Schritte, Streitverbindung, Beweis-
führung gleich.

Bücherkunde.

Der Weg zum Reichtum.

* Wie man ohne besondere Talente, Mittel oder Glücks-
umstände auf rechtliche Weise in gute Vermögensverhältnisse
kommt. Lebenserfahrungen und Belehrungen von Viktor Van-
derbilt. Preis M. 1.90, gebunden M. 2.90 (Porto 20 Pfg.)
Verlagsgesellschaft Emil Ullrich, Wiesbaden-Sch.

Wißt Du gesund werden?

Der Arzt für Körper und Seele. Preis M. 1.80; ein zeit-
gemäßes Buchlein, erscheint in demselben Verlag.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destr.

Schüler, deren Fortschritte gefährdet sind.

Sollten jetzt so fort bei uns angemeldet werden. Wir besorgen
in kleinen Klassen durch einen Unterricht, der die Eigenart
jedes Schülers besonders berücksichtigt, die vorhandenen
Lücken und ergötzen dadurch unsere bekannten hervorragenden
Erfolge in allen Prüfungen. In Rehl herrscht köstliche
Ruhe wie mitten im Frieden. — Vorzügliche Verpflegung. —
Reform-Institut, Rehl (Baden), Fernruf 15.

Wein-Etiketten

liefert rasch und billigst
die Druckerei des Blattes.

Für das Bürgermeisterramt wird eine männliche Kraft,

welche sachmännlich zu arbeiten versteht, gesucht.

Gehalt nach Uebereinkunft.

Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Zeugnissen und
Lebenslauf bis zum 24. Januar an den Unterzeichneten.
Diejenigen, welche nachweislich im Verwaltungsweesen kundig
sind, haben den Vorzug.

Niedrich, den 14. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Brämann.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Todes- + Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine
liebe gute Pflegemutter, unsere Schwägerin und Tante

Frau Georg Josef Basting,

geb. Weiß,

im Alter von 74 Jahren, wohl versehen mit den
hl. Sterbesakramenten, gestern Abend um 11 Uhr
zu sich abzurufen.

Im Namen der trauernd Hinterbliebenen:

Familie Ott.

Mittelheim, den 21. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 23. Jan.,
nachmittags 3 1/2 Uhr, das Seelenamt Freitag morgen
7 1/2 Uhr statt.

Bin vom 17. bis 23. Januar verreist

A. HOFFMANN

Spezialarzt für Lungenkrankheiten

MAINZ

Ludwigstrasse 12.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme an
dem Hinscheiden und der Beerdigung meines innigst-
geliebten Vaters, unseres guten Vaters, Großvaters,
Schwiegeraters, Bruders und Onkels

Herrn Caspar Joseph Abel,

Bürgermeister,

sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten
unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank auch
den Barmherzigen Schwestern, verehrten Küsterin,
der Vereinigung Weingutsbesitzer Destricks, sowie
auch für die vielen Kranz- und Blumenpenden.

Die trauernd Hinterbliebenen.

Destricks, den 16. Januar 1919.

Statt Karten.

Toni Diefenbach

Philipp Berg

Verlobte

Weihnachten 1918.)*

Hattenheim i. Rhg. Limburg (Lahn).

*) Infolge der Postsperrung erst heute (20. 1. 19) hier ein-
gegangen.

Ein großer, vierstelliger

Säsenstall,

gut erhalten, zu verkaufen.

Niederwalluf,

Hauptstraße 44.

Ein kleines

Landgut

von 12—15 Morgen Acker-

land und Wiesen, zu pachten

gesucht. Offerten unter S. C.

150 an den Verlag bis. Bl.

10—20 Bantner

Dickwurz

zu kaufen gesucht. Näheres
durch den Verlag dieser Btg.

Ein einspänner schwerer

Fahrrad

(Rahnräder) hat zu verkaufen

Joh. Diez VIII.

Stephanshausen.

Ein zuverlässiger

Schmiedegeselle,

der selbstständig arbeiten kann

u. Aufschlag u. Ackergerä-
tschaften kennt für dauernd ge-
f.

Näh. in d. Exped. d. Btg.

Dame, bish. Polm. in ein.

Gefangen., sucht

gleiche Stelle d. Bürgermeisterei.

Zufchriften unter S. 8413 an

D. Franz, Ann-Exped., Mainz.

Witwe, 30 Jahre alt,

mit Vermögen, sucht

sich mit einem braven

solidem Mann, Wit-

wer nicht ausgeschlossen, zu

verheiraten.

Offerten unter W. 118 an

Verlag d. Btg. erbeten.

Ein Grundstück

im „Hellersberg“, Gemarkung

Winkel, circa 65 Ruten groß,

halb Weinberg, halb Acker,

ist zu verkaufen.

Näheres in der Exped. des

Rheingauer Bürgerfreunds.

Garten

oder

Gemüseland,

etwa 1/2 Morgen, gegen hohe

Pacht gesucht.

Zu erfragen in der Exped.

dieser Zeitung.

Ackerland,

etwa 1/2—1 Morgen, gegen

hohe Pacht in Winkel gesucht.

Zu erfragen Verlag d. Btg.

Alte Pfähle

hat abzugeben.

Leonhard Esler, Destricks.

Briefkassetten

in einfachen und feinen Aus-

stattungen empfiehlt

Rheingauer Bürgerfreund,

Destricks a. Rh.